



Amtsblatt für Brandenburg

Gemeinsames Ministerialblatt für das Land Brandenburg

14. Jahrgang

Potsdam, den 2. Juli 2003

Nummer 26

| Inhalt | Seite |
|---|-------|
| Ministerium der Finanzen | |
| Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr | |
| Richtlinie des Landes Brandenburg für die Übernahme von Bürgschaften zur Förderung des Wohnungswesens | 642 |
| Landesversicherungsanstalt Brandenburg | |
| Entschädigungsregelung für die Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane, die ehrenamtlichen Mitglieder der Widerspruchsausschüsse und die Versichertenältesten der Landesversicherungsanstalt Brandenburg vom 30. November 2001 | 649 |
| Vertretung der Landesversicherungsanstalt Brandenburg | 651 |
| Beilage: Amtlicher Anzeiger Nr. 26/2003 | |

Richtlinie des Landes Brandenburg für die Übernahme von Bürgschaften zur Förderung des Wohnungswesens

Gemeinsamer Runderlass des Ministeriums
der Finanzen und des Ministeriums für
Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
Vom 28. Mai 2003

Das Land Brandenburg übernimmt im Rahmen der jeweils geltenden haushaltsgesetzlichen Ermächtigungen nach dieser Richtlinie Bürgschaften für nachstellige Kapitalmarktdarlehen zur Förderung des Wohnungswesens. Bestandteil dieser Richtlinie sind auch die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Übernahme von Bürgschaften zur Förderung des Wohnungswesens - AVB - (Anlage 1) sowie die Besonderen Regelungen zur Bürgschaftsrichtlinie und zu den Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Übernahme von Bürgschaften zur Förderung des Wohnungswesens - BRB - (Anlage 2).

1 Art der Vorhaben

1.1 Förderungsfähige Maßnahmen

Bürgschaften können übernommen werden für Darlehen

- a) zur Schaffung von Wohnraum durch Wohnungsbau, einschließlich des erstmaligen Erwerbs des Wohnraums innerhalb der ersten zwei Jahre nach der Fertigstellung (Ersterwerb)¹,
- b) zur Modernisierung von Wohnraum,
- c) zur Instandsetzung von Wohnraum bis zu dem in § 44 des Wohnraumförderungsgesetzes (WoFG) bestimmten Zeitpunkt,
- d) für den Erwerb von bestehendem Wohnraum zur Selbstnutzung,
- e) zur Anschlussfinanzierung (Umschuldung) von verbürgten Darlehen auch bei gleichzeitigem Gläubigerwechsel.

1.2 Wohnfläche

1.2.1 Bürgschaften können nur übernommen werden, wenn die Wohnfläche angemessen ist. Sie ist angemessen, wenn sie die Vorgaben der Richtlinie zur Förderung von selbstgenutztem Wohneigentum (WohneigentumsR) des Landes Brandenburg im Jahr des Bürgschaftsantrags um nicht mehr als 20 vom Hundert überschreitet. Diese Wohnflächenobergrenze gilt für alle förderungsfähigen Maßnahmen.

1.2.2 Die Wohnfläche ist nach § 19 Abs. 1 WoFG zu berechnen. Bis zum Erlass der Verordnung gemäß § 19 Abs. 1 Satz 2 WoFG ist sie nach den Vorschriften der Zweiten Berechnungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Oktober 1990 (BGBl. I S. 2178), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes zur Reform des Woh-

nungsbaurechts vom 13. September 2001 (BGBl. I S. 2376), in der jeweils geltenden Fassung zu ermitteln.

1.3 Nichtförderungsfähige Bauten

Bürgschaften werden nicht übernommen für Wohnraum, der in der Ausstattung oder der Höhe der Kosten besonders aufwändig ist, für Notunterkünfte jeder Art, für Wohnraum, der nicht zur dauernden Führung eines Haushalts geeignet und bestimmt ist, insbesondere nicht für Wochenendhäuser und Ferienwohnungen.

1.4 Nicht verbürgungsfähige Darlehen

1.4.1 Bürgschaften werden nicht übernommen für

- a) Darlehen aus Mitteln öffentlicher Haushalte,
- b) Darlehen an die öffentliche Hand,
- c) Arbeitgeberdarlehen,
- d) Vor- und Zwischenfinanzierungsdarlehen.

1.4.2 Bürgschaften werden in der Regel nicht übernommen, wenn im Zeitpunkt der Antragstellung

- a) in den Fällen der Nummer 1.1 Buchstabe a (ausgenommen der Ersterwerb) das Bauvorhaben bereits bezugsfertig,
- b) in den Fällen der Nummer 1.1 Buchstabe b und c die Modernisierung bzw. Instandsetzung bereits abgeschlossen

war.

1.5 Eigenleistungen

Die Eigenleistungen müssen im angemessenen Verhältnis zu den Gesamtkosten stehen. Bei Vorhaben, die mit Mitteln aus öffentlichen Haushalten gefördert werden, richten sich die Höhe und Art der erforderlichen Eigenleistungen nach den Förderungsbestimmungen des Landes im Jahr des Bürgschaftsantrags.

2 Bedingungen

2.1 Art der Bürgschaft

Bürgschaften werden als Ausfallbürgschaften nach Maßgabe der als Anlage 1 beigefügten „Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Übernahme von Bürgschaften zur Förderung des Wohnungswesens - AVB -“ sowie der als Anlage 2 beigefügten „Besonderen Regelungen zur Bürgschaftsrichtlinie und zu den Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Übernahme von Bürgschaften zur Förderung des Wohnungswesens - BRB -“ übernommen.

2.2 Bürgschaftsgrenze

2.2.1 Bürgschaften können nur für Darlehen übernommen werden, soweit sie außerhalb der Beleihungsgrenze für

¹ Bei Wohnungsbau (einschließlich Ersterwerb) zur Selbstnutzung nur in der Gebietskulisse gemäß Anlage 2 (BRB) Nr. 3

erststellige Darlehen dinglich gesichert sind, jedoch nur insoweit, als die Verzinsung und Tilgung des verbürgten Darlehens und der ihm vorgehenden und gleichrangigen Lasten neben angemessenen Bewirtschaftungskosten, ohne Berücksichtigung der Abschreibung, auf die Dauer gesichert erscheinen.

- 2.2.2 Auch wenn die in Nummer 2.2.1 genannten Voraussetzungen gegeben sind, kann die Übernahme einer Bürgschaft abgelehnt werden, wenn die sich ergebenden Mieten oder Lasten im Vergleich zu den für Wohnraum gleicher Art, Lage und Ausstattung üblichen Mieten oder Lasten nicht vertretbar erscheinen.

2.3 Sonstige Bedingungen und Auflagen

Die Übernahme von Bürgschaften kann von sonstigen Bedingungen abhängig gemacht oder mit zusätzlichen Auflagen verbunden werden.

2.4 Bagatellgrenze

Bürgschaften für Darlehen von weniger als 5.000 Euro werden nicht übernommen.

2.5 Rechtsanspruch

Ein Rechtsanspruch auf Übernahme einer Bürgschaft besteht nicht.

3 Verfahren

3.1 Antragstellung, Entscheidung über den Antrag

- 3.1.1 Der Antrag ist durch den Darlehensgeber und den Darlehensnehmer nach vorgeschriebenem Formblatt bei der InvestitionsBank des Landes Brandenburg, Steinstraße 104 - 106, 14480 Potsdam - im folgenden ILB - einzureichen. Sofern gleichzeitig Wohnungsbauförderungsmittel beantragt werden, die von der ILB zu bewilligen sind, ist der Antrag mit dem Förderungsantrag zu verbinden. Bei förderfähigen Maßnahmen nach Nummer 1.1 Buchstabe b, c und d ist dem Antrag eine Kurzbeschreibung des Objektes nach vorgeschriebenem Formblatt (Schätzungsnachweis, vgl. Nummer 3.2.2.3) beizufügen, sofern es sich um selbstgenutztes Wohneigentum handelt.

- 3.1.2 Über die Übernahme einer Landesbürgschaft entscheidet ein Landesbürgschaftsausschuss unter dem Vorsitz des Ministeriums der Finanzen. Dem Landesbürgschaftsausschuss gehören je ein Vertreter des Ministeriums der Finanzen, des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr und der ILB an.

- 3.1.3 Gegen die Stimme oder bei Enthaltung der oder des Vorsitzenden oder der Vertreterin oder des Vertreters des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr kann eine Bürgschaft nicht übernommen werden. Der Ausschuss kann die Entscheidung über Einzelfälle

im Rahmen allgemeiner Ermächtigungen der ILB übertragen.

- 3.1.4 Die Geschäftsführung des Landesbürgschaftsausschusses obliegt der ILB. Diese übernimmt im Auftrag des Ministeriums der Finanzen die Einzelbürgschaft für das Land Brandenburg. Die ILB verwaltet auch die Bürgschaften.

3.2 Bürgschaftsbescheid

- 3.2.1 Der Bürge prüft den Antrag dahin, ob die Voraussetzungen der Nummern 1.2.1, 1.5 und 2.2 vorliegen. Ist dies der Fall, erteilt er dem Darlehensgeber und dem Darlehensnehmer je eine Ausfertigung des Bürgschaftsbescheids.

- 3.2.2 Der Bürgschaftsbescheid ist auf drei Jahre befristet und besteht in der Zusage, die Bürgschaftserklärung abzugeben, wenn dem Bürgen folgende Unterlagen und Nachweise vorgelegt werden:

- 3.2.2.1 eine Anerkennung der „Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Übernahme von Bürgschaften zur Förderung des Wohnungswesens“ sowie der „Besonderen Regelungen zur Bürgschaftsrichtlinie und zu den Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Übernahme von Bürgschaften zur Förderung des Wohnungswesens“ durch den Darlehensgeber und den Darlehensnehmer;

- 3.2.2.2 eine Bestätigung des Darlehensgebers, dass

- a) im Zeitpunkt der Darlehenszusage die Dauerfinanzierung der veranschlagten Gesamtkosten des Vorhabens gesichert ist,
- b) das Bauvorhaben nach den ihm vorgelegten und von der Bauaufsichtsbehörde genehmigten oder ihr angezeigten Plänen durchgeführt ist; sofern kein bauaufsichtliches Verfahren vorgesehen ist, genügt auch eine Bestätigung gleichen Inhalts des bauleitenden Architekten oder sonstigen Bauverantwortlichen,
- c) bei Modernisierung und/oder Instandsetzung die Arbeiten ordnungsgemäß durchgeführt sind,
- d) das beliebene Bauvorhaben ausreichend (z. B. zum gleitenden Neuwert) gegen Brand- und Sturmschäden versichert ist,
- e) die dingliche Sicherung für das zu verbürgende Darlehen an der im Bürgschaftsbescheid ausbedungenen Rangstelle im Grundbuch rechtswirksam eingetragen ist²,
- f) der gesetzliche Lösungsanspruch nicht ausgeschlossen ist, falls dem Bürgschaftspfandrecht Hypotheken im Rang vorgehen oder gleichstehen,
- g) sichergestellt ist, dass ein Aufrücken des Bürgschaftspfandrechts entsprechend der Tilgung der im Range vorgehenden oder gleichstehenden Darlehen erfolgt, falls dem Bürgschaftspfandrecht Grundschulden im Rang vorgehen oder gleichstehen,

² vgl. Anlage 2 Nr. 1

h) ihm keine Umstände bekannt sind, dass sich die Bonität des Darlehensnehmers nach der Antragstellung verschlechtert hat;

3.2.2.3 in den Fällen der Nummer 1.1 Buchstabe d der vom Darlehensgeber gefertigte oder eingeholte Schätzungsnachweis; in den Fällen der Nummer 1.1 Buchstabe b und c die Bestätigung des Darlehensgebers über die Höhe der entstandenen Modernisierungs- und Instandsetzungskosten;

3.2.2.4 eine Abschrift der Schuldkunde über das zu verbürgende Darlehen;

3.2.2.5 die Zahlung des in Nummer 7 der AVB genannten Bearbeitungsentgeltes;

3.2.2.6 ein Nachweis über die Belehrung des Darlehensnehmers, dass falsche Angaben zu subventionserheblichen Tatsachen zu einem Strafverfahren führen können.

3.2.3 Soweit erforderlich, kann im Einzelfall der Bürgschaftsbescheid weitere Voraussetzungen für die Erteilung der Bürgschaftserklärung enthalten.

3.3 Bürgschaftserklärung

3.3.1 Liegen die im Bürgschaftsbescheid genannten Voraussetzungen vor, gibt der Bürge gegenüber dem Darlehensgeber die Bürgschaftserklärung ab. Der Darlehensnehmer erhält eine Abschrift.

3.3.2 Falls das zu verbürgende Darlehen in Raten ausgezahlt werden soll, kann die Bürgschaftserklärung schon vor Abgabe der in Nummer 3.2.2.2 Buchstabe b und c genannten Erklärungen sowie der in Nummer 3.2.2.3 zweiter Halbsatz genannten Bestätigung ausgehändigt werden.

3.3.2.1 Dient das Darlehen der Finanzierung von Maßnahmen gemäß Nummer 1.1 Buchstabe a (ausgenommen der Ersterwerb), darf der Darlehensgeber das Darlehen nur nach Maßgabe des Baufortschritts auszahlen, höchstens bis zu 25 vom Hundert nach Fertigstellung der Kellerdecke, weiteren 25 vom Hundert nach Fertigstellung des Rohbaues, weiteren 25 vom Hundert nach Anbringung des Innenputzes.

Die restlichen 25 vom Hundert dürfen erst nach Erfüllung der in Nummer 3.2.2.2 Buchstabe b genannten Voraussetzung ausgezahlt werden.

3.3.2.2 Wird das Darlehen zur Finanzierung von Maßnahmen gemäß Nummer 1.1 Buchstabe a (nur Fall des Ersterwerbs) bis d gewährt, darf der Darlehensgeber das Darlehen zur Bezahlung fälliger Forderungen auszahlen.

4 Schlussbestimmungen

4.1 Abweichungen von der vorstehenden Richtlinie sind nur

mit vorheriger Zustimmung des Landesbürgschaftsausschusses zulässig.

4.2 Diese Richtlinie tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft; sie findet auf alle Bürgschaften Anwendung, deren Antrag nach dem Tage der Veröffentlichung bei der in Nummer 3.1.1 Satz 1 genannten Stelle eingeht.

4.3 Gleichzeitig treten die Richtlinie des Landes Brandenburg für die Übernahme von Bürgschaften zur Förderung des Wohnungswesens einschließlich der Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Übernahme von Bürgschaften sowie des Anhangs vom 22. Dezember 1993 (ABl. S. 1762) sowie die Änderungen durch Runderlasse des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr und des Ministeriums der Finanzen vom 28. April 1997 (ABl. S. 383) und vom 28. Oktober 1999 (ABl. S. 1163) außer Kraft; sie gelten nur noch für die Verwaltung und Abwicklung der nach ihr übernommenen Bürgschaften sowie für die bis zum In-Kraft-Treten dieser Richtlinie eingegangenen, aber noch nicht beschiedenen Anträge.

Anlage 1

Allgemeine Vertragsbedingungen für die Übernahme von Bürgschaften zur Förderung des Wohnungswesens - AVB -

Die AVB sind Bestandteil der Richtlinie des Landes Brandenburg für die Übernahme von Bürgschaften zur Förderung des Wohnungswesens.

1 Art und Umfang der verbürgten Darlehen

1.1 Bürgschaften werden nur für Darlehen zur Deckung der Gesamtkosten übernommen, die von Kapitalsammelstellen gewährt und durch Hypotheken oder Grundschulden am Baugrundstück dinglich gesichert werden.

1.2 Das verbürgte Darlehen muss auf Euro lauten und darf nur nach den für langfristige Kredite geltenden allgemeinen Grundsätzen der Institutsgruppe kündbar oder fällig sein, der der Darlehensgeber angehört. Es darf nur aus Gründen gekündigt oder fällig gestellt werden, die mit der Beleihung namentlich mit der Sicherheit des Darlehens oder der Person des Darlehensnehmers zusammenhängen; das gilt nicht für Kündigungen zum Zwecke der Zinsanpassung, soweit sie aus Gründen der Refinanzierung erforderlich und für die entsprechende Institutsgruppe vom Bürgen allgemein zugelassen sind.

1.3 Das verbürgte Darlehen ist mit mindestens 1 vom Hundert jährlich unter Zuwachs der durch die fortschreitende Tilgung ersparten Zinsen zu tilgen (Tilgungsdarlehen). Die Vereinbarung einer Tilgungsstreckung oder einer Tilgungsaussetzung ist unschädlich. Wird eine Tilgungsstreckung, eine Tilgungsaussetzung oder keine laufende Tilgungszahlung vereinbart, ist der Bürge bei einer Inanspruchnahme aus der Bürgschaft so zu stellen, als wäre das Darlehen nach höchstens sieben Freijahren

ab Bezugsfertigkeit mit 1 vom Hundert zuzüglich ersparter Zinsen getilgt worden. An die Stelle der Bezugsfertigkeit tritt der Nutzungsübergang, wenn das verbürgte Darlehen zum Erwerb vorhandenen Wohnraumes gewährt worden ist bzw. die Beendigung der Arbeiten, wenn das verbürgte Darlehen für die Modernisierung und/oder Instandsetzung verwendet worden ist.

- 1.4 Zinssatz, Auszahlungskurs und Verwaltungskosten dürfen nicht ungünstiger sein als die marktüblichen Bedingungen für Darlehen gleicher Art zur Zeit der Darlehenszusage. Vertragliche Vorbehalte zum Zwecke der Zinsanpassung sind zulässig, soweit sie aus Gründen der Refinanzierung erforderlich und für die entsprechende Institutsgruppe vom Bürgen allgemein zugelassen sind.
- 1.5 Die Grundsätze der Nummern 1.1 bis 1.4 gelten für die dem verbürgten Darlehen im Range vorgehenden oder gleichstehenden Darlehen entsprechend.
- 1.6 Die Dauerfinanzierung der veranschlagten Gesamtkosten des Vorhabens muss im Zeitpunkt der Darlehenszusage gesichert sein.
- 1.7 Das verbürgte Darlehen muss außerhalb der Beleihungsgrenze für erststellige Darlehen dinglich gesichert werden³.
- 1.8 Erbbaurechte müssen den Vorschriften des § 11 Abs. 3 Satz 2 WoFG entsprechen. Die Laufzeit des Erbbaurechts ist nur angemessen, wenn sie die des verbürgten Darlehens, wie sie sich aus den Vertragsbedingungen ergibt, um mindestens zehn Jahre übersteigt.

2 Umfang, Entstehen und Erlöschen der Bürgschaftsverpflichtung

- 2.1 Die Bürgschaft wird als Ausfallbürgschaft übernommen.
- 2.2 Der Bürge haftet aus der abgegebenen Bürgschaftserklärung für Ausfälle, welche der Gläubiger des verbürgten Darlehens oder Darlehensanteils an Kapital, Zinsen, laufenden Verwaltungskosten, Verzugsentschädigungen und notwendigen baren Auslagen im Zusammenhang mit Zwangsvollstreckungsmaßnahmen erleidet. Die Bürgschaft erstreckt sich auch auf Verbindlichkeiten aus Tilgungsstreckung oder auf Zusatzdarlehen, soweit dieses das Damnum für das Hauptdarlehen nicht übersteigt. Das Zusatzdarlehen muss entweder mit dem Hauptdarlehen im gleichen Grundpfandrechtfeld oder mit diesem gleichrangig oder ihm im Range unmittelbar folgend gesichert sein und vor Beginn der Tilgung des Hauptdarlehens zurückgezahlt werden.
- 2.3 Der Ausfall an Kapital gilt als festgestellt, wenn und soweit die Zahlungsunfähigkeit des Darlehensnehmers sowie etwa mithaftender Dritter durch Zahlungseinstel-

lung, Eröffnung des Insolvenzverfahrens, Abgabe der eidesstattlichen Versicherung oder auf sonstige Weise erwiesen ist und die Immobiliarzangsvollstreckung vom Darlehensgeber oder von einem Dritten durchgeführt ist. Werden nicht verbürgte Nebenleistungen bei der Zuteilung in der Zwangsversteigerung berücksichtigt, mindert sich der dort festgestellte Ausfall an Kapital entsprechend.

- 2.4 Der Bürge ist berechtigt, auch schon Zahlungen zu leisten bevor die Immobiliarzangsvollstreckung durchgeführt ist.
- 2.5 Der Ausfall an rückständigen Zinsen, Tilgungen (einschließlich Verbindlichkeiten aus Tilgungsstreckung), laufenden Verwaltungskosten und Verzugsentschädigung gilt spätestens nach sechs Monaten vom Zeitpunkt des Eingangs der Anzeige über rückständige Beträge an gerechnet in Höhe der dann noch nicht gezahlten oder beigetriebenen rückständigen Beträge als festgestellt.
- 2.6 Die Forderungen des Darlehensgebers gehen, soweit ihn der Bürge befriedigt hat, mit Einschluss der Sicherheiten und aller Nebenrechte gemäß den §§ 774, 412, 401 des Bürgerlichen Gesetzbuches auf den Bürgen über. Soweit Sicherheiten nicht kraft Gesetzes auf den Bürgen übergehen, sind sie beim Forderungsübergang auf den Bürgen zu übertragen. Der Darlehensgeber ist im Rahmen des Bürgschaftsvertrages auf Verlangen verpflichtet, die auf den Bürgen übergegangenen Rechte für dessen Rechnung geltend zu machen.
- 2.7 Die Bürgschaft wird mit dem Zugang der Bürgschaftserklärung beim Darlehensgeber wirksam. Sofern der Darlehensgeber die Darlehensvaluta in Raten auszahlt, wird die Bürgschaft nur entsprechend den in Nummern 3.3.2.1 oder 3.3.2.2 der Bürgschaftsrichtlinie zugelassenen Auszahlungsraten wirksam.⁴
- 2.8 Eine Prüfung der Richtigkeit der vom Darlehensgeber abgegebenen Bestätigungen und Erklärungen nimmt der Bürge erst dann vor, wenn er aus der Bürgschaft in Anspruch genommen werden soll.
- 2.9 Der Bürge kann aus der Bürgschaft nicht in Anspruch genommen werden, wenn
 - a) sich die vor Wirksamwerden der Bürgschaft abgegebenen Bestätigungen oder Erklärungen des Darlehensgebers als unrichtig erweisen, es sei denn, dass die Unrichtigkeit für die Übernahme der Bürgschaft unerheblich war; im Streitfall hat der Darlehensgeber nachzuweisen, dass seine Bestätigungen und Erklärungen richtig waren oder ihn an der Unrichtigkeit kein Verschulden trifft; oder
 - b) der Darlehensgeber seine sich aus diesen AVB ergebenden Verpflichtungen bei der Verwaltung und Abwicklung des verbürgten Darlehens verletzt, es sei denn, dass die Inanspruchnahme des Bürgen da-

³ vgl. Anlage 2 Nr. 1 und 2

⁴ vgl. Anlage 2 Nr. 1 Buchstabe g

- durch nicht verursacht oder erweitert worden ist; oder
- c) der Darlehensgeber das verbürgte Darlehen aus Gründen kündigt, die nicht mit der Beleihung zusammenhängen (Nummer 1.2 Satz 2).

- 2.10 Ist ein Darlehen nur teilweise verbürgt, so sind alle planmäßigen und außerplanmäßigen Tilgungen auf den verbürgten Darlehensteil zu verrechnen.
- 2.11 Stundet der Darlehensgeber fällige Zins- und Tilgungsbeträge ohne schriftliche Einwilligung des Bürgen länger als sechs Monate, so wird der Bürge von der Bürgschaftsverpflichtung für die gestundeten Beträge frei.
- 2.12 Die Bürgschaft erlischt mit der Rückzahlung der verbürgten Darlehensforderung nebst aller verbürgten Nebenleistungen. Der Darlehensgeber hat dem Bürgen die erfolgte Rückzahlung mitzuteilen.

3 Pflichten des Darlehensgebers

- 3.1 Der Darlehensgeber hat die Erfüllung der ihm und dem Darlehensnehmer in diesen AVB auferlegten Verpflichtungen sicherzustellen.
- 3.2 Der Darlehensgeber ist verpflichtet, bei der Gewährung, Verwaltung und Abwicklung des verbürgten Darlehens und der für dieses Darlehen bestellten Sicherheiten auch nach Eintritt der Zahlungsunfähigkeit des Darlehensnehmers die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes anzuwenden.
- 3.3 Der Darlehensgeber ist insbesondere verpflichtet,
- die Richtigkeit der vom Darlehensnehmer abgegebenen Erklärungen im Bürgschaftsantrag und den dazugehörigen Unterlagen zu prüfen,
 - die Bonität des Darlehensnehmers im Zeitpunkt der Antragstellung festzustellen und nachzuweisen, dass die zur Finanzierung der Maßnahme vorgesehenen Eigenmittel des Darlehensnehmers eingesetzt wurden; soweit der Nachweis über den Einsatz der Eigenmittel nicht erbracht wird, wird die Bürgschaft gemindert,
 - dem Bürgen die für die Verwaltung der Bürgschaft notwendigen Auskünfte zu erteilen,
 - den Bürgen von Kündigungsgründen hinsichtlich des Darlehens unverzüglich zu unterrichten, sobald ihm solche bekannt werden,
 - Maßnahmen zur Einziehung von Rückständen zu ergreifen,
 - dem Bürgen innerhalb von sechs Monaten seit Fälligkeit den Verzug des Darlehensnehmers und die Höhe der Rückstandsbeträge schriftlich mitzuteilen und ihn über seine bisherigen Maßnahmen zur Einziehung der Rückstände zu unterrichten; diese Verpflichtung gilt auch für die folgenden Fälligkeiten, solange der Schuldner in Verzug bleibt,

- g) zu einer Vereinbarung über eine für den Bürgen nachteilige Veränderung des Schuldverhältnisses oder der bestellten Sicherheiten seine Zustimmung einzuholen.

- 3.4 Der Darlehensgeber hat mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns dafür einzustehen, dass

- die in Nummer 1 der AVB genannten Voraussetzungen vorliegen,
- in den Fällen der Nummer 1.1 Buchstabe a der Richtlinie (ausgenommen der Ersterwerb) das Bauvorhaben im Zeitpunkt der Antragstellung noch nicht bezugsfertig war und in den Fällen der Nummer 1.1 Buchstabe b und c der Richtlinie die Modernisierung und/oder Instandsetzung im Zeitpunkt der Antragstellung noch nicht abgeschlossen war,
- die Durchführung des Bauvorhabens nach den ihm vorgelegten und von der Bauaufsichtsbehörde genehmigten oder ihr angezeigten Plänen durchgeführt ist; sofern kein bauaufsichtliches Verfahren vorgesehen ist, genügt eine Bestätigung dieses Inhalts des bauleitenden Architekten oder eines sonstigen Bauverantwortlichen,
- bei Modernisierung und Instandsetzung die Arbeiten ordnungsgemäß durchgeführt worden sind,
- eine ausreichende Versicherung des beliebigen Bauvorhabens (z. B. zum gleitenden Neuwert) gegen Brand- und Sturmschaden besteht und aufrechterhalten wird,
- die dingliche Sicherung für das zu verbürgende Darlehen an der im Bürgschaftsbescheid ausbedungenen Rangstelle im Grundbuch rechtswirksam eingetragen ist⁵,
- der gesetzliche Lösungsanspruch nicht ausgeschlossen ist oder werden kann, falls dem verbürgten Pfandrecht Hypothekendarlehen im Range vorgehen oder gleichstehen,
- ein Aufrücken des verbürgten Pfandrechtes entsprechend der Tilgung der im Range vorgehenden oder gleichstehenden Darlehen (Grundpfandrechte) gesichert ist, falls dem verbürgten Pfandrecht Grundschulden im Range vorgehen oder gleichstehen,
- für das zu verbürgende Darlehen eine vollstreckbare Ausfertigung der Grundpfandrechtsbestellungs-urkunde mit der Unterwerfung aller Darlehensnehmer unter die sofortige Zwangsvollstreckung erteilt und bei Schuldnerwechsel auf die neuen Schuldner umgeschrieben wird,
- für das verbürgte Darlehen ein besonderes Darlehenskonto geführt wird.

- 3.5 Auf Verlangen des Bürgen ist der Darlehensgeber verpflichtet, das verbürgte Darlehen zur sofortigen Rückzahlung zu kündigen, wenn

- a) fällige Leistungen länger als sechs Monate rückständig sind,

⁵ vgl. Anlage 2 Nr. 1 und 2

- b) der Darlehensnehmer die im Darlehensvertrag und in Nummer 4 der AVB genannten Verpflichtungen nicht erfüllt,
- c) eine Beschlagnahme des Pfandgrundstückes oder eines Teils zum Zwecke der Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung angeordnet wird,
- d) das verbürgte Darlehen nach Auffassung des Bürgen gefährdet ist,
- e) der Darlehensnehmer die Zahlungen einstellt oder das Insolvenzverfahren über sein Vermögen eröffnet wird,
- f) bei einer Veräußerung des Grundstücks die Übernahme der persönlichen Schuld durch den Erwerber nicht zustande kommt,
- g) Grundstückserträge gepfändet werden,
- h) der Grundstückseigentümer ohne Zustimmung des Bürgen Grundstückserträge abtritt oder in sonstiger Weise darüber verfügt.

Der Darlehensgeber darf nur im Einvernehmen mit dem Bürgen das Darlehen kündigen oder die Zwangsversteigerung betreiben.

- 3.6 Der Darlehensgeber ist verpflichtet, von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen gegen den Darlehensnehmer oder Pfandeigentümer und von ihm bekannt gewordenen in Nummer 3.5 aufgeführten Tatbeständen dem Bürgen unverzüglich Mitteilung zu machen.
- 3.7 Erwirbt der Darlehensgeber im Zuge der Verwertung der bestellten Sicherheit das Pfandgrundstück und macht er Bürgschaftsansprüche geltend, so kann der Bürge verlangen, dass ihm das Eigentum an dem Pfandgrundstück zum Gestehungspreis und gegen Ersatz der dem Darlehensgeber entstandenen Kosten übertragen wird und ihm die bisherigen Darlehen des Darlehensgebers zu den gleichen Bedingungen ohne besondere Entgelte weitergewährt werden.
- 3.8 Erwirbt der Bürge oder ein Dritter im Zwangsversteigerungsverfahren das Grundstück, so ist der Darlehensgeber auf Verlangen des Bürgen verpflichtet, das verbürgte Darlehen und das zu seiner Sicherung bestellte Grundpfandrecht sowie von ihm gewährte, weitere dinglich gesicherte Darlehen zu den bisherigen Bedingungen ohne besondere Entgelte fortbestehen zu lassen, es sei denn, dass begründete Bedenken gegen die Person des Erwerbers geltend gemacht werden.

4 Pflichten des Darlehensnehmers

- 4.1 Der Darlehensnehmer hat die mit dem verbürgten Darlehen geförderten Bauten fortlaufend in gutem Zustand zu halten. Er hat ferner die Verpflichtung, von dem Bürgen geforderte Ausbesserungen und Erneuerungen fristgemäß vorzunehmen und baubehördliche Auflagen zu erfüllen.
- 4.2 Wird das Gebäude ganz oder teilweise zerstört, so ist der Darlehensnehmer verpflichtet, entweder es nach Bauplänen und Kostenvoranschlägen, die von dem Bürgen genehmigt sind, innerhalb angemessener Frist wieder-

aufzubauen bzw. wiederherzustellen oder die Entschädigung oder Versicherungsleistung zur Rückzahlung des verbürgten Darlehens zu verwenden.

- 4.3 Wesentliche Veränderungen der Baulichkeiten, besonders auch ein gänzlicher oder teilweiser Abbruch oder eine Änderung der Nutzung, bedürfen der vorherigen Zustimmung des Bürgen.
- 4.4 Der Darlehensnehmer ist ferner verpflichtet, dem Bürgen auf Aufforderung alle für die übernommene Bürgschaft erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

5 Prüfungs- und Besichtigungsrecht

Das Ministerium der Finanzen, das Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr und der Landesrechnungshof sowie die von ihnen Beauftragten haben gegenüber Darlehensnehmer und Darlehensgeber ein Prüfungsrecht und das Recht, Auskünfte zu verlangen. Das Prüfungs- und Auskunftsrecht gegenüber dem Darlehensgeber beschränkt sich auf die mit der Kreditgewährung im Zusammenhang stehenden Unterlagen unter Beachtung von § 39 der Landeshaushaltsordnung (LHO). Die genannten Stellen sind außerdem befugt, das belastete Grundstück und die Baulichkeiten zu jeder angemessenen Tageszeit durch Beauftragte besichtigen und untersuchen zu lassen. Im Falle der Rückbürgschaft nach Maßgabe der Verwaltungsvereinbarung vom 17. Dezember 2001/16. Januar 2002 und der Bundesbürgschaftsrichtlinien für den Wohnungsbau vom 15. Dezember 1959/30. April 1962 (Bundesanzeiger Nummer 11 vom 19. Januar 1960, Nummer 91 vom 15. Mai 1962) steht dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und dem Landesrechnungshof ein gleiches Prüfungs- und Besichtigungsrecht zu. Die Prüfung durch den Landesrechnungshof regelt sich nach § 91 LHO.

6 Kosten

Die durch den Abschluss, die Erfüllung und die Abwicklung des Bürgschaftsvertrages entstehenden Kosten, Abgaben und Bearbeitungsentgelte trägt der Darlehensnehmer. Dies gilt auch für die Kosten einer Besichtigung und der etwa geforderten Buch- oder Betriebsprüfung.

7 Bearbeitungsentgelt

- 7.1 Für die Übernahme und Verwaltung der Bürgschaft wird ein zivilrechtliches Bearbeitungsentgelt erhoben. Es beträgt einmalig 2 vom Hundert des verbürgten Darlehensbetrages. Das Bearbeitungsentgelt wird fällig in Höhe von 1 vom Hundert mit dem Zugang des Bürgschaftsbescheides und mit 1 vom Hundert vor Aushändigung der Bürgschaftserklärung.⁶

⁶ vgl. Anlage 2 Nr. 1 Buchstabe h

7.2 Wird vor Aushändigung der Bürgschaftserklärung auf die Übernahme der Bürgschaft verzichtet, beträgt das Bearbeitungsentgelt 1 vom Hundert.

7.3 Im Falle von Anschlussfinanzierungen (Umschuldungen) von verbürgten Darlehen bei gleichzeitigem Gläubigerwechsel wird einmalig ein Bearbeitungsentgelt von 0,5 vom Hundert des verbürgten Darlehensrestbetrages erhoben, sofern der (neue) Gläubiger die Fortsetzung des Bürgschaftsvertrages verlangt. Das Bearbeitungsentgelt wird fällig mit dem Zugang der Zustimmung des Bürgen beim Darlehensgeber.

7.4 Das Bearbeitungsentgelt trägt der Darlehensnehmer.

8 Rechtsnachfolger

8.1 Im Falle der Schuldübernahme gilt die Bürgschaft nur dann weiter, wenn der Bürge der Schuldübernahme vorher schriftlich zugestimmt hat. Das Gleiche gilt bei der Abtretung der Darlehensforderung.

8.2 Darlehensnehmer und Darlehensgeber haben ihre dem Bürgen gegenüber übernommenen Verpflichtungen ihren Rechtsnachfolgern mit der Maßgabe aufzuerlegen, dass diese gehalten sind, ihre jeweiligen Rechtsnachfolger in gleicher Weise zu binden.

9 Schriftwechsel

Sämtliche Verhandlungen in Bürgschaftsangelegenheiten sind ausschließlich mit der ILB zu führen.

10 Erfüllungsort und Gerichtsstand

Erfüllungsort für alle aus der Bürgschaft sich ergebenden Verbindlichkeiten ist Potsdam.

a) Übergangsbürgschaften können für Darlehen übernommen werden, die vom Betrag her nach Gesetz (§§ 11 und 12 des Hypothekendarlehensgesetzes, § 54a Abs. 2 Nr. 1a des Gesetzes über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen) oder Satzung allein gegen dingliche Sicherung im erststelligen Beleihungsraum gewährt werden können; für Bausparkassendarlehen gilt insoweit § 7 des Gesetzes über Bausparkassen.

Übergangsbürgschaften werden auch für Vor- und Zwischenfinanzierungsdarlehen bis zur Höhe des tatsächlich an den Darlehensnehmer ausgezahlten Betrages gewährt. Voraussetzung für die Bürgschaftsübernahme ist die Bestätigung der Bank, dass die Vor- und Zwischenfinanzierung nicht von einer kreditweise beschafften Auffüllung der Ansparleistungen abhängig ist und die sich aus der Finanzierung ergebende Belastung auch unter Einschluss der laufenden Ansparleistungen tragbar ist.

b) Für Übergangsbürgschaften erfolgt eine Berechnung der Wohnfläche entsprechend Nummer 1.2 der Richtlinie nicht.

c) Auch eine Übergangsbürgschaft kann nur für den Betrag übernommen werden, für den die Verzinsung und Tilgung des verbürgten Darlehens und der ihm vorgehenden oder gleichrangigen Lasten neben angemessenen Bewirtschaftungskosten, ohne Berücksichtigung der Abschreibung auf die Dauer gesichert erscheinen. Nummer 2.2.2 der Richtlinie bleibt unberührt.

d) Die Eigentumsverhältnisse dürfen nicht bestritten sein.

e) Die Bürgschaft wird nur bis zur dinglichen Sicherung des Grundpfandrechts übernommen. Die Bürgschaft bleibt nur dann auch nach der Eintragung erhalten, wenn das Grundpfandrecht wegen vorgehender Rechte, die nicht erkennbar waren, oder aus Gründen, die der Darlehensgeber nicht zu vertreten hat, nicht an der beantragten Rangstelle eingetragen ist. In diesem Falle hat der Darlehensgeber die Bürgschaftsstelle zu unterrichten.

f) Über einen Antrag auf Übernahme einer Übergangsbürgschaft wird im vereinfachten Verfahren entschieden. Es ist ein besonderes Antragsformular zu verwenden, das bei der Bürgschaftsstelle zu erhalten ist. Die Angaben werden erst im Bürgschaftsfalle geprüft.

g) Die Bürgschaft wird nach Zahlung des Bearbeitungsentgeltes mit dem Zugang der Eingangsbestätigung des Bürgschaftsantrages wirksam. Das Verwaltungszustellungs-gesetz des Landes Brandenburg ist anwendbar.

h) Das einmalige Bearbeitungsentgelt beträgt abweichend von den Nummern 7.1 und 7.2 der AVB 0,5 vom Hundert des zu verbürgenden Darlehens, höchstens jedoch 7.500 Euro. Ab Beginn des dritten Jahres nach Wirksamwerden der Bürgschaft (Buchstabe g) wird ein laufender Verwaltungskostenbeitrag in Höhe von 0,5 vom Hundert jährlich des verbürgten Darlehens (Nominalbetrag) erhoben, höchstens jedoch 4.000 Euro jährlich je Bürgschaft.

Anlage 2

Besondere Regelungen zur Bürgschaftsrichtlinie und zu den Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Übernahme von Bürgschaften zur Förderung des Wohnungswesens - BRB -

1 Übergangsbürgschaften für Darlehen im erststelligen Beleihungsraum

Wenn im Zeitpunkt der Darlehensgewährung erkennbar ist, dass aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen eine dingliche Sicherung durch ein Grundpfandrecht noch nicht möglich ist, können bis zum Zeitpunkt der dinglichen Sicherung Übergangsbürgschaften übernommen werden.

Im Einzelnen gilt Folgendes:

2 Zu Nummer 3.2.2.2 Buchstabe e der Richtlinie und zu Nummer 3.4 Buchstabe f der AVB

Die Bürgschaftserklärung kann auch für Darlehen im nachstelligen Beleihungsraum schon vor Eintragung des Grundpfandrechts oder Vorlage einer Notarbescheinigung abgegeben werden, wenn aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen eine dingliche Sicherung noch nicht möglich ist. Die Voraussetzungen für eine Übergangsbürgschaft müssen vorliegen (beachte Nummer 1). Eine Entscheidung kann jedoch nicht im vereinfachten Verfahren getroffen werden.

3 Gebietskulisse bei Wohnungsbau (einschließlich Ersterwerb) zur Selbstnutzung (zu Nummer 1.1 Buchstabe a der Richtlinie)

Bei Wohnungsbau (einschließlich Ersterwerb) zur Selbstnutzung ist die Übernahme von Bürgschaften nur möglich, wenn die umgebende, prägende Bebauung bereits am 3. Oktober 1990 bestanden hat und Baurecht gemäß § 34 Abs. 1 oder 2 des Baugesetzbuches (BauGB) besteht.

Ausnahmsweise können Bürgschaften für Vorhaben im Geltungsbereich einer verbindlichen Bauleitplanung gemäß § 30 BauGB oder einer Satzung gemäß § 34 Abs. 4 BauGB durch die Bürgschaftsstelle zugelassen werden, sofern

- für das Vorhaben auch Baurecht nach Satz 1 bestanden hätte oder
- es sich um die Nachnutzung von ehemals baulich genutzten innerörtlichen Brachflächen (Recyclingflächen) handelt.

Entschädigungsregelung für die Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane, die ehrenamtlichen Mitglieder der Widerspruchsausschüsse und die Versichertenältesten der Landesversicherungsanstalt Brandenburg vom 30. November 2001

Bekanntmachung
der Landesversicherungsanstalt Brandenburg
Vom 17. März 2003

Die Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane, die ehrenamtlichen Mitglieder der Widerspruchsausschüsse sowie die Versichertenältesten der Landesversicherungsanstalt Brandenburg (LVA Brandenburg) üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus (§§ 40, 36 a SGB IV). Die LVA Brandenburg erstattet den Mitgliedern der Selbstverwaltungsorgane und den ehrenamtlichen Mitgliedern der Widerspruchsausschüsse für ihre Tätigkeit in Ausübung ihres Ehrenamtes die unter Abschnitt A genannten Kosten. Die Entschädigung der Versichertenältesten richtet sich nach dem Abschnitt B.

A. Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane, ehrenamtliche Mitglieder der Widerspruchsausschüsse

I. Tagegeld

Tagegeld wird in der jeweils für den Geschäftsführer geltenden Höhe des Bundesreisekostengesetzes gezahlt.

Wird von Amts wegen unentgeltlich Verpflegung gewährt, wird das Tagegeld für das Frühstück um 20 vom Hundert, für das Mittag- und Abendessen um je 35 vom Hundert des vollen Tagegeldes gekürzt.

II. Übernachtungsgeld

Übernachtungsgeld wird in der jeweils für den Geschäftsführer geltenden Höhe des Bundesreisekostengesetzes gezahlt. Erstattet werden auch Übernachtungskosten (ohne Mahlzeiten), die das Übernachtungsgeld um nicht mehr als 50 vom Hundert übersteigen. Höhere Aufwendungen für Übernachtungskosten werden nur erstattet, soweit sie unvermeidbar sind.

Übernachtungsgeld, das die Kosten des Frühstücks einschließt, sind um den Betrag von 4,60 Euro zu kürzen.

Wird Unterkunft von Amts wegen gewährt oder werden die Kosten für das Benutzen von Schlafwagen erstattet, wird Übernachtungsgeld nicht gezahlt.

III. Unterkunfts- und Verpflegungskosten für Kraftfahrer

Soweit ein Mitglied eines Selbstverwaltungsorgans auf Grund körperlicher Behinderung nicht in der Lage ist, ein Kraftfahrzeug selbst zu führen, wird für den Fahrer Tage- und Übernachtungsgeld nach Maßgabe der Abschnitte I und II gezahlt.

IV. Fahrtkosten

Beim Benutzen eines Personenkraftwagens wird den Selbstverwaltungsmitgliedern jeweils die Wegstreckenentschädigung gewährt, die der Bundesminister des Innern gemäß § 6 Abs. 2 Bundesreisekostengesetz durch Rechtsverordnung bestimmt (zurzeit 0,30 Euro), bei Mitnahme anderer Dienstreisender je Person und Kilometer zusätzlich 0,02 Euro Mitnahmeentschädigung.

Für Fahrten mit anderen Beförderungsmitteln werden die notwendigen und angemessenen Kosten erstattet.

Als angemessen gelten:

- bei Benutzung der Bahn: Kosten der 1. Klasse einschließlich Mehrkosten zuschlagspflichtiger Züge,
- bei Benutzung eines Flugzeuges: die Kosten der Economy-Klasse bzw. Touristen-Klasse.

V. Pauschbeträge für Auslagen der Vorsitzenden der Vertreterversammlung und des Vorstandes (§ 41 Abs. 1 Satz 2 SGB IV)

Pauschbeträge für bare Auslagen erhalten für ihre Tätigkeit außerhalb der Sitzungen:

1. der Vorsitzende der Vertreterversammlung im Betrag von 32 Euro monatlich,
2. der stellvertretende Vorsitzende der Vertreterversammlung im Betrag von 32 Euro monatlich,
3. der Vorsitzende des Vorstandes im Betrag von 64 Euro monatlich,
4. der stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes im Betrag von 64 Euro monatlich.

VI. Pauschbetrag für Zeitaufwand

1. Unabhängig von der Dauer einer Sitzung wird den Selbstverwaltungsmitgliedern für jeden Sitzungstag ein Pauschbetrag für Zeitaufwand in Höhe von 52 Euro gezahlt. Vorsitzende von Ausschüssen der Organe erhalten den doppelten Betrag.
2. Pauschbeträge für Zeitaufwand für Tätigkeiten außerhalb von Sitzungen erhalten:
 - a) der Vorsitzende der Vertreterversammlung im Betrag von 128 Euro monatlich,
 - b) der stellvertretende Vorsitzende der Vertreterversammlung im Betrag von 128 Euro monatlich,
 - c) der Vorsitzende des Vorstandes im Betrag von 323 Euro monatlich,
 - d) der stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes im Betrag von 323 Euro monatlich.

VII. Entschädigung bei Verdienstaussfall

Die Entschädigung für Verdienstaussfall und der Ausgleich rentenversicherungsrechtlicher Nachteile richtet sich nach § 41 Abs. 2 SGB IV unter Berücksichtigung der besonderen Bezugsgröße-Ost (§ 18 Abs. 2 SGB IV).

VIII.

Soweit nicht in den vorstehenden Bestimmungen Abweichendes vorgesehen ist, gelten die Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes sinngemäß.

B. Versichertenälteste

I. Pauschbeträge

Den Versichertenältesten steht als Entschädigung zu:

1. 39 Euro monatlich für Zeitaufwand. Dieser Pauschalbetrag wird für die Abhaltung von Sprechstunden ohne Rücksicht darauf gewährt, wo sie durchgeführt und wie viele Versicherte beraten wurden.
2. 24 Euro monatlich für die zur Verfügung gestellte Privatwohnung. Der Anspruch auf diese pauschale Sachkostenentschädigung ist nicht von der Zahl der durchgeführten Sprechstunden abhängig. Entscheidend ist, dass in der Wohnung Sprechstunden durchgeführt und Versicherte beraten wurden.

3. 16 Euro für jeden aufgenommenen Erstantrag auf Versichertenrente, auf Witwen-/Witwerrente und auf Waisenrente.
4. 8 Euro für Anträge auf Kontenklärung und zwar auch dann, wenn damit zugleich eine Rentenauskunft oder die Anerkennung von Kindererziehungszeiten oder Kinderberücksichtigungszeiten beantragt wird.
5. 8 Euro für die Aufnahme der so genannten verkürzten Anträge.

II. Sonstige Kosten

An sonstigen Kosten werden erstattet:

1. Fahrtkosten

Die in Ausübung des Ehrenamtes entstandenen Fahrtkosten werden erstattet. Die Fahrtkostenerstattung richtet sich nach den Vorschriften des Bundesreisekostengesetzes. Die Wahl zwischen öffentlichen Verkehrsmitteln und der Benutzung eines eigenen Personenwagens steht frei.

Beim Benutzen eines Personenkraftwagens wird den Versichertenältesten jeweils die Wegstreckenentschädigung gewährt, die der Bundesminister des Innern gemäß § 6 Abs. 2 Bundesreisekostengesetz durch Rechtsverordnung bestimmt (zurzeit 0,30 Euro), bei Mitnahme anderer Dienstreisender je Person und Kilometer zusätzlich 0,02 Euro Mitnahmeentschädigung.

2. Portokosten,
3. Auslagen für in Ausübung des Ehrenamtes geführte Telefongespräche,
4. die Hälfte der monatlichen Grundgebühr für den (preisgünstigsten) Regel-Anschluss (bzw. Sozialanschluss),
5. bei Besitz eines eigenen Kopierers die Kosten für eine Tonerpatrone pro Jahr.

Im Übrigen werden Kosten für Büroausstattung (Anschaffung und Wartung) grundsätzlich nicht erstattet.

III. Entschädigung bei Arbeitstagen

1. Reisekostenvergütung

Anlässlich der Teilnahme an Arbeitstagen der LVA Brandenburg wird Reisekostenvergütung nach Maßgabe des jeweils geltenden Bundesreisekostengesetzes gewährt. Die Wahl zwischen öffentlichen Verkehrsmitteln und der Benutzung des eigenen Personenwagens steht frei. Hinsichtlich der Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung gilt Abschnitt B. II. 1.

2. Entschädigung bei Verdienstaussfall

Die Entschädigung für Verdienstaussfall und der Ausgleich

rentenversicherungsrechtlicher Nachteile richtet sich nach § 41 Abs. 2 SGB IV unter Berücksichtigung der besonderen Bezugsgröße-Ost (§ 18 Abs. 2 SGB IV).

IV.

Entschädigung wird nicht gewährt für die Bearbeitung sonstiger Anträge und Vorgänge. Dazu gehören Anträge auf Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Anträge auf Ausstellung eines Versicherungsnachweisheftes mit Versicherungsnummer, das Ausfüllen von Fragebögen, das Führen des Schriftwechsels usw.

V.

Notwendiges Büromaterial stellt die LVA Brandenburg kostenfrei zur Verfügung.

C. Personen- und Sachschäden

Für Personenschäden besteht Unfallversicherungsschutz in der gesetzlichen Unfallversicherung (§ 2 Abs. 1 Nr. 10 SGB VII). Für in Ausübung des Ehrenamtes entstehende Sachschäden wird Ersatz im Rahmen der von dem Bundesminister des Innern bekannt gegebenen Richtlinien für Billigkeitszuwendungen bei Sachschäden, die im Dienst entstanden sind, gewährt.

Bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit entfällt ein Ersatz. Steht dem ehrenamtlich Tätigen für einen an seinem Kraftfahrzeug entstandenen Sachschaden ein Anspruch aus einer Kaskoversicherung zu, muss er diesen geltend machen.

D. In-Kraft-Treten

Diese Regelung tritt am 1. Januar 2002 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Entschädigungsregelung für die Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane, die ehrenamtlichen Mitglieder der Widerspruchsausschüsse und die Versichertenältesten der Landesversicherungsanstalt Brandenburg vom 16. Juni 2000 außer Kraft.

Frankfurt (Oder), den 30. November 2001

Der Vorsitzende
der Vertreterversammlung

Unger

Vertretung der Landesversicherungsanstalt Brandenburg

Bekanntmachung der
Landesversicherungsanstalt Brandenburg
Vom 17. März 2003

Nach § 16 der Satzung für die Landesversicherungsanstalt Brandenburg vertritt der Vorstand die Landesversicherungsanstalt Brandenburg gerichtlich und außergerichtlich, soweit es sich nicht um die Vertretung in den dem Geschäftsführer übertragenen Verwaltungsgeschäften und in laufenden Verwaltungsgeschäften handelt. Die Vertretung wird vom Vorsitzenden des Vorstandes, im Verhinderungsfall von seinem Stellvertreter wahrgenommen.

Nach § 35 der Satzung für die Landesversicherungsanstalt Brandenburg vertritt der Geschäftsführer, bei seiner Verhinderung sein Stellvertreter, die Landesversicherungsanstalt Brandenburg hinsichtlich der ihm übertragenen Verwaltungsgeschäfte und hinsichtlich der laufenden Verwaltungsgeschäfte gerichtlich und außergerichtlich.

Nach § 19 der Satzung für die Landesversicherungsanstalt Brandenburg hat der Vorstand die Namen der zur Vertretung der Landesversicherungsanstalt Brandenburg berechtigten Mitglieder des Vorstandes, seiner Vorsitzenden, des Geschäftsführers und dessen Stellvertreters im Amtsblatt für Brandenburg zu veröffentlichen.

Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes wechseln nach § 4 Abs. 1 der Satzung für die Landesversicherungsanstalt Brandenburg ihr Amt im jährlichen Turnus.

Seit dem 1. Oktober 2002 ist

Vorsitzender des Vorstandes:

Herr Rainer Diemer, geb. 1944
Sensburger Allee 20, 14055 Berlin

Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes:

Herr Volker Kulle, geb. 1947
Lessingstr. 15, 15234 Frankfurt (Oder)

Geschäftsführer der Landesversicherungsanstalt Brandenburg ist:

Herr Gerfried Rosch, geb. 1938
Heinrich-Hildebrand-Str. 15 b, 15232 Frankfurt (Oder)

Amtsblatt für Brandenburg

Gemeinsames Ministerialblatt für das Land Brandenburg

652

Amtsblatt für Brandenburg – Nr. 26 vom 2. Juli 2003

Stellvertretender Geschäftsführer der Landesversicherungsanstalt Brandenburg ist:

Herr Gunther Burow, geb. 1955
Ebertusstr. 5, 15234 Frankfurt (Oder)

Frankfurt (Oder), den 17. März 2003

Landesversicherungsanstalt Brandenburg
Der Vorstand

Diemer

Herausgeber: Ministerium der Justiz und für Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg, Postanschrift: 14460 Potsdam, Telefon: (03 31) 8 66-0.
Der Bezugspreis beträgt jährlich 56,24 EUR (zzgl. Versandkosten + Portokosten). Die Einzelpreise enthalten keine Mehrwertsteuer. Die Einweisung kann jederzeit erfolgen.
Die Berechnung erfolgt im Namen und für Rechnung des Ministeriums der Justiz und für Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg.
Die Kündigung ist nur zum Ende eines Bezugsjahres zulässig; sie muss bis spätestens 3 Monate vor Ablauf des Bezugsjahres dem Verlag zugegangen sein.
Die Lieferung dieses Blattes erfolgt durch die Post. Reklamationen bei Nichtzustellung, Neu- bzw. Abbestellungen, Änderungswünsche und sonstige Anforderungen sind an die Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH zu richten.
Herstellung, Verlag und Vertrieb: Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH, Karl-Liebknecht-Straße 24-25, Haus 2, 14476 Golm (bei Potsdam), Telefon Potsdam (03 31) 56 89 - 0

Der Fundstellennachweis Verwaltungsvorschriften ist im Internet abrufbar unter www.mdje.brandenburg.de (Landesrecht).